

Rainer Pöppinghege

Unser Dorf soll planbar werden. Expertentum und Landschaftsschutz im Wettbewerb 1961–1973

Naturschutz durch Wettbewerb

Der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ ist seit seinem Beginn vor rund fünfzig Jahren zu einer massenwirksamen Veranstaltung im ländlichen Raum geworden. Ihm haftete gelegentlich das Image einer rückwärtsgewandten ästhetisierenden Blumenschau an. Doch schon in der Frühzeit bemühten sich die Initiatoren um eine Professionalisierung, indem sie sowohl die Zielkonzeption als auch den Kreis der beteiligten Organisationsinstanzen ausweiteten. Insofern war der Dorfwettbewerb höchstens zu Beginn jener spießige „Blumenkastenwettbewerb“, als den ihn ein Teil der städtischen Öffentlichkeit wahrnehmen mochte.¹

Der im zweijährigen Turnus stattfindende Bundeswettbewerb mobilisierte im ersten Jahrzehnt mit stark steigender Tendenz regelmäßig mehrere Millionen Menschen in tausenden westdeutschen Dörfern mit weniger als 3.000 Einwohnern. Die rapide Aufwärtsentwicklung innerhalb nur eines Jahrzehnts war zunächst vor allem den touristisch geprägten Regionen fernab der Großstädte zu verdanken. So waren nicht nur die Beteiligungsquoten in Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz im ersten Jahrzehnt überproportional hoch, sondern auch die Erfolge. Zahlreiche Preise gingen in diese Regionen, was nicht zuletzt mit der Unterstützung durch die jeweiligen Landesregierungen zusammenhing. In den übrigen Bundesländern stieg die Zahl der teilnehmenden Dörfer spürbar in den

¹ Zur Rezeption des Wettbewerbs in den beteiligten Siegedörfern u. a. siehe die demnächst erscheinende Dissertation von Sebastian Strube, „Golddörfer“. Die Neuordnung des ländlichen Raumes in der Bundesrepublik in den 60er und 70er Jahren am Beispiel des Wettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“, Diss. München 2010.

siebziger Jahren. Schon im Kaiserreich hatte es sporadische Versuche gegeben, Dörfer wegen ihrer ansprechenden Ästhetik zu prämiieren. Parallel entstand während des starken urbanen Wachstums im Rahmen der Heimatschutzbewegung ein Diskurs über die ästhetische Baugestaltung bzw. „Verunstaltung“ kleinerer Gemeinden. Unter den Nationalsozialisten mündete dies in den Versuch, durch Musterdörfer ein bestimmtes ländlich-idyllisierendes Schönheitsideal zu propagieren. Allerdings gelang es damals nicht, die ländliche Bevölkerung massenhaft zu mobilisieren und zu verstärktem Engagement aufzurufen, so dass der „Leistungskampf“ der Dörfer kurz vor Kriegsbeginn versandete.

Erstmals entstand in Hessen 1959 ein Landeswettbewerb. Möglicherweise versuchte man bereits in dieser frühen Phase, die zunehmende Bautätigkeit und den damit verbundenen Flächenverbrauch zu kanalisieren bzw. abzufedern. Immerhin war das so genannte Wirtschaftswunder von erheblicher Bautätigkeit im privaten und sozialen Sektor geprägt, was auch auf den Dörfern zu spüren war. Die wachsende Mobilität führte zudem zu einem strukturellen Wandel in den Dörfern, die immer weniger von landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieben geprägt wurden. Andererseits waren Initiativen mit Wettbewerbscharakter um die Jahrzehntwende der Sechziger allort zu beobachten: beispielsweise 1957 ein Modellwettbewerb „Blumen und Grünpflanzen im Arbeitsraum“ oder ein Jahr darauf ein Preis für die „Beste landwirtschaftliche Nebenerwerbssiedlung“ in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft ländlicher Siedlungsträger, beide wie der spätere Dorfwettbewerb auf Initiative der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft (DGG).³ Neben den Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“⁴ (Dorfwettbewerb) trat im selben Jahr die Ausschreibung zu „Hilfe durch Grün – Landschaftspflege an Straßen und Wegen“ sowie 1968 zu „Industrie in der Landschaft“.⁵ Ein Jahr später folgte für Kleinstädte die Konkurrenz „Bürger, es geht um Deine Gemeinde“. Seit 1972 wurden „Vorbildliche Campingplätze in der Landschaft“

² Zahlen nach: Bücherei des Deutschen Gartenbaues (Berlin), Protokolle Sitzungen Präsidium, 1.–50. Sitzung 1956–1977. Für die 1970er und 1980er Jahre s. auch: Unser Dorf soll schöner werden. Auswertung der Landeswettbewerbe Nordrhein-Westfalen von 1961 bis 1981. Langfassung des Untersuchungsberichts, hg. v. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Dortmund 1982, S. 25 f. Für 1969 und 1971 keine Angaben.

³ Bücherei des Deutschen Gartenbaues, Protokolle Sitzungen Präsidium, 1.–50. Sitzung 1956–1977.

⁴ Der ursprüngliche Titel lautete 1961: „Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf in Grün und Blumen“.

⁵ Der Wettbewerb ging auf eine Initiative der Arbeitsgemeinschaft für Garten- und Landschaftskultur im Zentralverband des Deutschen Gemüse-, Obst- und Landbaues e. V. zurück. Landesarchiv Düsseldorf, NW 260 Nr. 12, Bd. 2.

ausgezeichnet.⁶ Auch in der DDR gab es vergleichbare Projekte wie den Ende der 1960er Jahre von der Nationalen Front organisierten Wettbewerb „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit“ oder die „Goldene Hausnummer“, eine Prämie für die unmittelbare Wohnumfeldgestaltung. Die Etablierung dieser Wettbewerbe deutet auf einen Einstellungswandel bei der politischen Führung in der DDR hin, denn ursprünglich war der „kapitalistische“ Wettbewerbscharakter des bundesdeutschen Dorfwettbewerbs verpönt. Noch 1959 hatten sich DDR-Funktionäre darum bemüht, den gesellschaftspolitischen Anspruch der DGG zu diffamieren. Die von der Gartenbau-Gesellschaft organisierte Grünerholung diene einzig einer gesteigerten Ausbeutung des Faktors Arbeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem und fördere die Spaltung der Arbeiterklasse.⁷

Die Ausweitung der Ziele

Als der Wettbewerb 1961 auf Bundesebene von der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft (DGG) mit Unterstützung der Landwirtschaftsministerien von Bund und Ländern ins Leben gerufen wurde, beschränkten sich die knappen Ausschreibungskriterien vorwiegend auf ästhetische Aspekte.⁸ Doch sollte sich binnen kürzester Zeit ein Wandel einstellen. Die sachgerechte Bepflanzung von Gärten und öffentlichen Anlagen hatte danach zwar weiterhin ihren Platz,⁹ doch verschoben sich die Bewertungsmaßstäbe in den Folgejahren zusehends. Die ersten Wettbewerbsinitiativen korrespondierten mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel verschiedener Spitzenverbände des Gartenbaus, das die Öffentlichkeit für den Naturschutz im Allgemeinen und eine konsequente Begrünung im Besonderen sensibilisieren sollte. In diesen Rahmen fallen die jährlich stattfindenden DGG-Arbeitstagungen ebenso wie die seit 1951 regelmäßig stattfindenden Bundesgartenschauen. Sie wurden durch den Zentralverband des Deutschen Gemüse-, Obst- und Gartenbaus e. V. organisiert.

Die Ausweitung der Zielvorstellungen über den gärtnerischen Aspekt hinaus ließ nicht lange auf sich warten, wie die Ausschreibungstexte auf Bundesebene

⁶ Herbert Strack, Bundeswettbewerbe und ländlicher Städtebau, in: Der Landkreis (1980), S. 572.

⁷ Bücherei des Deutschen Gartenbaues (Berlin), Bundeswettbewerb 1963. Ein vertrauliches Rundschreiben der DGG an die Präsidiumsmitglieder v. 20.1.1959 bezog sich auf Aussagen im Rahmen einer Fachtagung in Zittau im November 1958.

⁸ Dieter Deneke, Unser Dorf soll schöner werden: Tradition und Fortschritt, Düsseldorf 1974, S. 7.

⁹ Dazu verschiedene Schriftstücke im Bestand der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung Nordrhein-Westfalen im Landesarchiv Düsseldorf, NW 260 Nr. 12, Bd. 2.

belegen. Zuerst hatte der Sinn noch darin bestanden, Dörfer und Gemeinden „festzustellen, die sich durch ihre hervorragende Dorfgestaltung sowie Grün- und Blumenpflege besonders auszeichnen“.¹⁰ Doch schon bald traten weitere Faktoren hinzu, ja man kann von einer gewissen Überfrachtung sprechen, die u. a. gesellschaftspolitische Ziele beinhaltet: „Die gesunde Kraft der dörflichen Gemeinschaft steht mit ihrer Hilfsbereitschaft, ihrem menschlichen Verstehen und ihrer Tatkraft zum Besten der Allgemeinheit in scharfem Gegensatz zur Hilflosigkeit der anonymen Massen der Großstadt, die den lieben Nächsten weder kennen noch ihm helfen können oder auch nur wollen.“¹¹ Dem nordrhein-westfälischen CDU-Bauminister Joseph Paul Franken war es gar ein Anliegen, die Dörfer müssten „nicht nur schöner, sondern wieder frommer werden“, um durch starke zwischenmenschliche, christlich fundierte Beziehungen den Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft begegnen zu können.¹² Der Jury-Vorsitzende des ersten Wettbewerbs, DGG-Präsidiumsmitglied Hans-Ulrich Schmidt, führte die weltpolitischen Spannungen im Rahmen des Kalten Krieges nicht zuletzt auf das mangelnde nachbarschaftliche Verständnis zurück. Daher war er der Ansicht, „daß Ordnung und Hilfsbereitschaft in der Familie und in der Dorfgemeinde auch ein Beitrag zum Frieden der Welt sein kann“. Der Dorfwettbewerb hatte fortan auch als „Beitrag zum Frieden“ zu fungieren.¹³ An anderer Stelle hob Schmidt hervor, der Wettbewerb fange die Probleme des Strukturwandels auf und habe zur Integration der Ostvertriebenen ins dörfliche Gemeinschaftsleben beigetragen. Kritisch gewendet konnte der Wettbewerb als „Vehikel der sozialen Kontrolle“ betrachtet werden, das durch Gruppendruck jeden einzelnen zu besonderen Leistungen ansporne.¹⁴

Meistens jedoch betonten alle Beteiligten das zwischenmenschlich Verbindende, das dann schließlich auch in die undefinierten Wettbewerbskriterien mündete. Zehn Jahre nach der ersten Ausschreibung waren die strukturpolitischen Ambitionen der sozialliberalen Koalition aus den Zielvorgaben herauszulesen. Demnach sollte der Dorfwettbewerb „die notwendige gesellschaftspolitische und

¹⁰ Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Angewandte Wissenschaft, Heft 259 (1981), S. 104 f.

¹¹ Erstmals Bundeswettbewerb: „Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf in Grün und Blumen“, in: Der Landkreis, (1962), S. 18.

¹² Rede bei der Bundespreisverleihung am 29. November 1963, in: Landesarchiv Düsseldorf, NW 370 Nr. 1084.

¹³ Erstmals Bundeswettbewerb: „Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf in Grün und Blumen“, in: Der Landkreis, Heft 1, (1962), S. 20 sowie Bücherei des Deutschen Gartenbaues (Berlin), Bundeswettbewerb 1963, Fazit der Bundesjury.

¹⁴ Gerald Flosdorf/Dieter Dimroth/Edward Luce et al., „Unser Dorf soll schöner werden“, Erfahrungen – Vorschläge – Kriterien, in: Mitteilungen zur Baupflege in Westfalen (1979), S. 60.

strukturelle Neuorientierung des ländlichen Raumes“ unterstützen, was durchaus mehr bedeuten sollte, als lediglich die Bepflanzung von Straßenrändern und Beeten. Dem Wettbewerb wurden spätestens seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hauptsächlich identifikatorische und partizipatorische Funktionen zugeschrieben. Was zunächst als ein ‚Nebenprodukt‘ erscheinen mochte, rückte schließlich ins Zentrum der Zieldefinition – nämlich ein hohes Maß an gemeinschaftlichem Engagement innerhalb der Dörfer. Wahlweise galt der Dorfwettbewerb als „größte Selbsthilfeaktion der Landbevölkerung nach dem Kriege“¹⁵ oder als „Volksbewegung in den kleinen Städten und Gemeinden“.¹⁶ Mit seiner Hilfe sollte es gelingen, „die Bevölkerung der teilnehmenden Dörfer handelnd an der Entwicklung ihres Gemeinwesens zu beteiligen“.¹⁷ Gegenüber dem zentral gelenkten Staat sollten dezentrale Strukturen gestärkt und eine „regionalbezogene Leistungsgesellschaft“ gefördert werden.¹⁸ Dies verband man mit fiskalischen Vorschlägen zur Änderung des kommunalen Finanzsystems zugunsten kleinerer Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs sowie der Forderung, die Lebensverhältnisse von Stadt und Land durch gezielte Strukturmaßnahmen anzugleichen.¹⁹ Auch die Adaption „neuzeitlicher kommunaler Ordnungsprinzipien“ stand nach dem Willen der DGG auf der Liste wünschenswerter Effekte.²⁰

Nicht ganz zufällig wurde der Dorfwettbewerb just Ende der sechziger Jahre um eine staatskritische Dimension erweitert, als nämlich in einigen Bundesländern viele kleinere Dörfer im Zuge kommunaler Gebiets- und Verwaltungsreformen ihre Verwaltungsfunktionen eingebüßt hatten und dadurch als künftiger Identifikationsrahmen gefährdet waren. Der Vertreter einer nordrhein-westfälischen Kreisverwaltung formulierte dies vor dem Hintergrund einer Entwicklung, die die Bedürfnisse der Menschen vor Ort lediglich technokratisch definierte:

¹⁵ Joachim Klingbeil, Vorbereitung des Landeswettbewerbs 1971 „Unser Dorf soll schöner werden“. Referate der Arbeitstagungen in Arnsberg, Detmold und Münster vom 2.–4. Dezember 1970, Münster 1971, S. 23.

¹⁶ Victor Freiherr von Malchus, „Unser Dorf soll schöner werden“. Bilanz eines Wettbewerbs 1961–1979 in NW. Vortrag des Direktors des Institutes für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bad Salzuflen 1979, S. 3.

¹⁷ Schlusswort von Ministerialdirektor Kurt Petrich, Vorsitzender der Bundesprüfkommission 1971, in: Deutsche Gartenbau-Gesellschaft e. V. (Hg.), Unser Dorf soll schöner werden. Siegerdörfer der Bundeswettbewerbe 1969 und 1971, S. 80.

¹⁸ Deneke (wie Anm. 8), S. 7.

¹⁹ Bücherei des Deutschen Gartenbaues, Protokolle Sitzungen Präsidium, 1.–50. Sitzung 1956–1977, Bewertungsbericht v. 19.9.1963 sowie Deutscher Gemeindetag Nachrichten Nr. 7/67, 17.2.1967, Rede des Präsidenten Felix Frh. v. Vittinghoff-Schell, MdB, bei der Auftaktveranstaltung des Dorfwettbewerbs vor Bürgermeistern in Michelstadt.

²⁰ Archiv der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft (Berlin), Bundeswettbewerb 1965, Konferenz Landkreistag Würzburg, Abschluss-Protokoll, S. 2.

Eigeninitiative könne nur geweckt werden, wenn der Bürger „trotz aller Enttäuschungen eine echte Mitwirkungsmöglichkeit bei der Gestaltung seines örtlichen Lebensraumes hat. Es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob der Wettbewerb eine Art ‘Beschäftigungs-Therapie’ für Bürger kleiner Orte sei, denen man sonst keine Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Entscheidung über örtliche Probleme zu bieten weiß.“²¹ In diesem Sinne erhielt der Dorfwettbewerb als Kontrapunkt zur verwaltungstechnischen Zentralisierung und gegen den drohenden lokalen Identitätsverlust eine kompensatorische Note, die der Entfremdungsgefahr in Folge der kommunalen Gebietsreform entgegenwirken sollte.²² Aus den Akten ergibt sich die Lesart, dass die Initiatoren die Existenz des Wettbewerbs gefährdet sahen. Die Ausschreibung für das Jahr 1971 sollte nicht wegen, sondern trotz der Gebiets- und Verwaltungsreform „nochmals durchgeführt werden“.²³

Bewertungskriterien und organisatorische Basis im Wandel

Analog zur Zielausweitung beteiligten sich nach und nach immer mehr Institutionen am Wettbewerb. Der Landesprüfungskommission NRW gehörten mehr als ein Dutzend institutionelle Vertreter an, darunter verschiedene Verbände und Lobbyorganisationen der Landwirtschaft, des gewerblichen Gartenbaus sowie der Verwaltung.²⁴ Der Blick auf die Bundesebene zeigt, wie die Landschafts- und Gartenbauorganisationen um die Wende zu den siebziger Jahren an Einfluss verloren. Bis 1969 war der Vorsitz der Bewertungsjury immer von einem Vertreter dieser Verbände übernommen worden, ab 1971 fungierte der Landwirtschaftsminister als Vorsitzender. Noch deutlicher wird die Schwerpunktverschiebung beim Blick auf die neuen Mitglieder: Bis 1971 hatten Vertreter aus dem Bereich des Wohnungsbaus und der Raumordnung lediglich Beraterstatus, seitdem waren sie als feste Mitglieder tätig. Mit Beginn der siebziger Jahre verloren die Gruppen aus Landwirtschaft und Gartenbau an Terrain – zugunsten von Raum- und

²¹ Klingbeil (wie Anm. 15), S. 10.

²² Flosdorf/Dimroth/Luce et.al. (wie Anm. 14), S. 6.

²³ Bücherei des Deutschen Gartenbaus, Protokolle Sitzungen Präsidium, 1.–50. Sitzung 1956–1977.

²⁴ Die Landesprüfungskommission für Westfalen bestand 1971 aus Vertretern folgender Institutionen: Landwirtschaftskammer, Landesverband der Gartenbauvereine, Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL), Amt für Landespflege, Landwirtschaftsverband, Landkreistag, Landwirtschaftskammer (Architekt), Landesverband Gartenbau (Gärtnermeister), Straßenverwaltung (Gartenbauoberinspektor), Landesamt für Agrarordnung, Westfälischer Heimatbund, Städte- und Gemeindebund, Landesverkehrsverband Westfalen. Joachim Klingbeil, Landeswettbewerb 1971: „Unser Dorf soll schöner werden“, Abschlussbericht der Landesprüfungskommission für den Landesteil Westfalen-Lippe, Münster 1971, S. 4.

Landschaftsplanern sowie dem Bauernverband. Der Garten- und Landschaftsbau entsandte 1961 fünf, 1963 nur noch drei und 1969 nur noch einen Vertreter in die Jury.²⁵

Es muss jedoch betont werden, dass dieser Prozess offenbar weniger konfliktbehaftet war als es erscheinen mag: Denn bereits 1962 hatte sich der spätere Leiter der Bundesanstalt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege Gerhard Olschowy dafür ausgesprochen, die Ausschreibungskriterien zugunsten einer stärkeren Gewichtung von Planungsaspekten zu ändern.²⁶ Ein Jahr darauf forderte die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe in ihrem Abschlussbericht zum Dorfwettbewerb die Einbeziehung von Architekten, um der baulichen Gestaltung in den Dörfern mehr Gewicht zu verleihen.²⁷ Auch DGG-Generalsekretär Horst Hammler bemühte sich frühzeitig darum, dem Planungsmoment im Wettbewerb größeres Gewicht zu verleihen und das Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung in die Organisation einzubinden: „Es kann als besonders wertvolles Ergebnis angesehen werden, dass viele Gemeinden – durch den Bundeswettbewerb angeregt – bemüht sind, gemeinsam mit Kreisverwaltungen und ähnlichen Institutionen die Aufstellung von Flächennutzungs- und Bauleitplänen in die Wege zu leiten. Man hat erkannt, dass ohne grundlegende Planung die Verschönerung der Gemeinde Stückwerk bleibt.“²⁸ Vom Bundeslandwirtschaftsministerium kam 1965 der Vorschlag, die Bundesprüfkommission um einen mit Fragen der Bauleitplanung vertrauten Architekten zu erweitern, was die DGG prinzipiell begrüßte, denn auch sie erachtete die Bauleitplanung als unerlässlichen Bestandteil einer gesunden Entwicklung dörflicher Baugebiete.²⁹

Der Bewertungsbericht der DGG sah 1963 durch den Dorfwettbewerb „das Verständnis für Maßnahmen der Landespflege [...] in allen Gemeinden“ gestärkt. Dies äußere sich „in der verstärkten Durchführung der Flurbereinigung, im Aus-

²⁵ Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (wie Anm. 10), S. 114.

²⁶ Archiv der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Bundeswettbewerb 1967 Unser Dorf soll schöner werden, Niederschrift über die Sitzung der für den Dorfwettbewerb zuständigen Länderreferenten am 2.3.1962, S. 4 (unverzeichneter Bestand).

²⁷ Archiv der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Bundeswettbewerb 1967 Unser Dorf soll schöner werden, Erfahrungsbericht der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe v. 1963 (unverzeichneter Bestand).

²⁸ Bücherei des Deutschen Gartenbaues, Bundeswettbewerb 1963, Schreiben Hammlers am 26.3.1963 an Minister Paul Lücke.

²⁹ Archiv der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Bundeswettbewerb 1965, Konferenz Landkreistag Würzburg, Schreiben des BMELF an den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Landwirtschaftliches Bauwesen v. 9.12.1965 sowie Archiv der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Berlin, Bundeswettbewerb Dorf 1963. Abschlußbericht mit Fotos.

bau der Wirtschaftswege und der Aufforstung von Grenzertragsböden, als Grundlage für die Schaffung gesunder landwirtschaftlicher Betriebe³⁰. Innerhalb der ersten Wettbewerbs-Jahre wurden diese Forderungen umgesetzt. Während 1961 lediglich Dörfer ausgezeichnet wurden, die sich „durch ihre hervorragende Dorfgestaltung sowie Grün- und Blumenpflege besonders auszeichnen“³¹, sollte der Dorfwettbewerb am Ende des Jahrzehnts Impulse für struktur- und gesellschaftspolitische Gestaltungsansprüche setzen. So sah die Jury insbesondere „Gemeinschafts- und Selbsthilfeleistungen“ als prämiierungswürdig an. Die Punktevergabe richtete sich jedoch nicht immer konsequent an den Zielen aus. So schlugen Gemeinschaftsleistungen 1961 mit 60 Prozent, 1963 sogar mit 65 Prozent zu Buche, während sie 1971 und 1975 nur 50 bzw. 55 Prozent ausmachten.³² Im Jahr 1971 verlangten die Bewertungskriterien darüber hinaus die Existenz von Bauleit- und Flächennutzungsplänen, so dass vom Charakter eines „Blumenkastenwettbewerbs“ nichts übrig geblieben war. Der gesellschaftspolitischen Ausweitung der Bewertungskriterien versuchte der Landesverband Gartenbau in NRW mit der Auslobung eines eigenen Preises für hervorragenden Blumenschmuck zu begegnen.³³ Parallel zum Dorfwettbewerb zeichnete auch der Verband nordrheinischer Obst- und Gartenbauvereine in den sechziger Jahren besonders engagierte Mitgliedsvereine aus.³⁴ Diese organisierten im Vorfeld des eigentlichen Dorfwettbewerbs in den teilnehmenden Dörfern separate Blumenschmuck- und Vorgartenwettbewerbe, die das ursprüngliche Anliegen der Gartenbaubranche gegenüber allzu technokratischen Bewertungskriterien konservierten.

Das Image des Blumenkastenwettbewerbs war trotz der beschriebenen Professionalisierungsbestrebungen und der Verwissenschaftlichung, die der Dorfwettbewerb im Übrigen mit der gesamten Naturschutzbewegung teilte,³⁵ nicht so einfach abzuschütteln. Kritik kam nicht nur aus den bei der Prämierung leer ausgegangenen Dörfern, sondern auch von Experten, die im Wettbewerb entweder eine überzogene expertendominierte Gängelung oder eine überkommene spießbürgerliche Ästhetisierung erblickten. Die aufsehenerregendste Kritik äußerte der Vorsitzende

³⁰ Bücherei des Deutschen Gartenbaues, Protokolle Sitzungen Präsidium, 1.–50. Sitzung 1956–1977, Bewertungsbericht v. 19.9.1963.

³¹ Ziele des Wettbewerbs gem. Ausschreibung, in: Schriftenreihe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (wie Anm. 10), S. 104.

³² Bundesministerium für Ernährung, LW und Forsten (Hg.), Unser Dorf soll schöner werden. Dokumentation und Auswertung der Bundeswettbewerbe 1961–1979, Münster 1981, S. 7.

³³ Klingbeil, Abschlussbericht 1971, S. 4.

³⁴ Verschiedene Schreiben, in: Landesarchiv Düsseldorf RW 197 Nr. 80.

³⁵ Karl Ditt, Die Anfänge der Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und frühen 1970er Jahre, in: Matthias Frese/Julia Paulus/Karl Tepe (Hgg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik, Paderborn et.al. 2005, S. 309 f.

der Fachgruppe „Dorfinventarisierung“ des Deutschen Heimatbundes, Justinus Bendermacher, in seiner polemischen Schrift „Dörfchen, Dörfchen auf dem Land...“.³⁶ Der Architekt bemängelte u. a. ein niedriges „Geschmacksniveau“.³⁷ Er verlangte, Bürger und Fachleute stärker auf Kosten der staatlichen Bürokratie einzubeziehen. Bendermachers erst im Jahr 1977 geäußerte Kritik lief jedoch ins Leere, denn die meisten der bemängelten Punkte entbehrten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits der Grundlage. Seine Kritik kam mindestens um ein Jahrzehnt zu spät. Sowohl denkmalpflegerische Aspekte als auch die Stärkung des städte- bzw. landschaftsbaulichen Planungselements waren Ende der 1970er Jahre bereits umgesetzt. Trotzdem zeigte die Liste der Monita, dass der Dorfwettbewerb immer noch unter seinem verstaubten Image litt. Gleichwohl war er dazu angetan, Privatleute zu gärtnerischen „Höchstleistungen“ anzuspornen, die den Zielvorstellungen einer behutsamen Gestaltung zuwider liefen. Insofern schienen die Bewertungskriterien vielen Dorfbewohnern nicht bekannt, so dass oft „zuviel des Guten“ geschah, was unter dem Schlagwort der „Vergärtnerung des Dorfes“ abgehandelt wurde.³⁸

Landschaftsschutz durch Planung

Seit Ende der sechziger Jahre zeigte die Entwicklung des Wettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“ eine eindeutige Zielrichtung. Ganz im Zeichen der Zeit hielt ein umfassendes gesellschaftspolitisches Planungsparadigma Einzug – obwohl die Diskussion im Umfeld der Veranstalterorganisationen bereits mindestens seit Beginn der sechziger Jahre im Gange war. Siegerdörfer mussten nicht durch bloße Ästhetik überzeugen, sondern durch ein planvolles Zusammenwirken von Behörden, Bewohnern und Experten. Wer, wie das niedersächsische Dorf Großenkneten, über 26 Ortssatzungen verfügte oder sich mit Hilfe fachmännischer Planung Flächennutzungs- und Bebauungspläne zugelegt hatte, der besaß bei der Jury gute Karten.³⁹ Der Dorfwettbewerb griff damit Forderungen nach einer stärkeren Professionalisierung und Abgrenzung gegenüber nicht-akademischen Berufen auf. Nicht Handwerker oder Gärtnermeister vor Ort sollten die Gestaltung übernehmen, sondern akademisch ausgebildete Architekten, Land-

³⁶ Deutscher Heimatbund (Hg.), Informationsdienst 11/1977 v. 8. August 1977.

³⁷ Dieses Image ist vermutlich heute noch auf den ersten Teil des inzwischen erweiterten Titels „Unser Dorf soll schöner werden – Unser Dorf hat Zukunft“ zurückzuführen. Inzwischen heißt der Wettbewerb lediglich „Unser Dorf hat Zukunft“.

³⁸ Unser Dorf soll schöner werden. Auswertung der Landeswettbewerbe Nordrhein-Westfalen, S. 21.

³⁹ Deutsche Gartenbau-Gesellschaft, Unser Dorf soll schöner werden, S. 29 u. 42.

schaftsplaner und Berater.⁴⁰ Es mag erstaunen, dass diese Entwicklung kaum Protest hervorrief, sondern offenbar im Konsens ablief. Eine Ausnahme bildete die Kritik des Verbands des Pfälzischen Gemüse-, Obst- und Gartenbaues e. V. Dieser bekundete 1964 der DGG gegenüber seinen Unmut über eine Tagung, weil dort nach Ansicht des Verbandes versucht worden war, den Dorfwettbewerb „zu bürokratisieren“. Die „hervorragende Arbeit“ der Kreisgartenbauberater sei in ungünstigem Licht erschienen, da man deren Schulungsbedarf betont hatte. Der Verbandsgeschäftsführer schrieb: „Dabei hatte ich den Eindruck, dass die Herren, die versuchen diese Schulung in den Vordergrund zu stellen, bei weitem nicht diese praktische Erfahrung haben können wie die Kreisgartenbauberater.“⁴¹ Er befürchtete wohl zu Recht, dass Praxiswissen durch theoriegeleitetes Wissen zurückgedrängt werden sollte.

Dem Wettbewerb sollte eine volkserzieherische Funktion zukommen, um dabei zu helfen, akademisch generiertes Planungswissen vor Ort umzusetzen. DGG-Präsident Graf Lennart Bernadotte unterstrich im November 1966 vor Landräten und Oberkreisdirektoren den durch den Wettbewerb hervorgerufenen hohen Grad bürgerschaftlichen Engagements. Gartenbau war nach Meinung des schwedischen Adligen eine soziale Tätigkeit: „Durch den Wettbewerb wird die Verantwortung – über den persönlichen Lebenskreis hinaus – für eine wohlgeordnete Umwelt weiten Kreisen bewusst gemacht. Der Wettbewerb kann also als Volkserzieher bezeichnet werden. Er macht die Geister empfänglich für vorausschauende Planungen und dringend notwendige Sanierungen.“⁴² Der Begriff „wohlgeordnete Umwelt“ deutet auf das Naturverständnis des Grafen und der DGG hin: Ihr ging es vorrangig um den Erhalt bäuerlicher Kulturlandschaften, weniger um ganzheitlichen Umweltschutz, wie dies in den siebziger Jahren die Umweltbewegung verlangte.⁴³ Der Planungsgedanke war dabei seit Beginn der sechziger Jahre als Instrument zum Erreichen der Naturschutzziele präsent. Als typisch kann die Aussage eines Obstbauamtmanns gelten, es lohne sich „durch weise Veredelung die Natur zu korrigieren“.⁴⁴ Planung galt als Mittel, um allzu weitreichenden individuellen Nutzungsansprüchen und gesellschaftlichen Siedlungskonzepten Schranken zu setzen, sofern diese in die Natur eingriffen. Sie war

⁴⁰ Unser Dorf soll schöner werden. Auswertung der Landeswettbewerbe Nordrhein-Westfalen, S. 61 u. 69.

⁴¹ Archiv der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Bundeswettbewerb 1965, Konferenz Landkreistag Würzburg, Schreiben v. 17.7.1964.

⁴² Archiv der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Bundeswettbewerb 1965, Konferenz für Landräte und Oberkreisdirektoren, November 1966.

⁴³ Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011, S. 73.

⁴⁴ Alb-Bote v. 29.2.1967, in: Archiv der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Bundeswettbewerb 1967 Unser Dorf soll schöner werden.

demnach notwendig, um ungezügelter Besiedlung und einer „Verstädterung“ der Dörfer vorzubeugen bzw. in die richtigen Bahnen zu lenken. In diesem Sinne bildete die Dorfverschönerung und -verbesserung eine zentrale Aufgabe der Planung und der Beratung. Schon früh war den Organisatoren klar, dass der Dorfwettbewerb, wolle er denn erfolgreich sein, sich „nicht im Blumenschmuck erschöpfen“ dürfe. Vielmehr seien alle Wettbewerbsmaßnahmen in den „größeren Rahmen der agrarstrukturellen Maßnahmen, der Bauleitplanung und der Landschaftsplanung“ zu stellen.⁴⁵

Der Wettbewerb diene explizit zur „Neuordnung des Lebensraumes“ mithilfe weitreichender Planungsinstrumente. Dabei schreckten die Initiatoren vor einer missionarischen Haltung nicht zurück, um „Fehlentwicklungen“ zu vermeiden, indem sie „der Allgemeinheit mit zeitgemäßen Mitteln in der Öffentlichkeitsarbeit die Bestrebungen zur Neuordnung des Lebensraumes bei aller Würdigung lebendiger Tradition“ nahebringen wollten. Um die Notwendigkeit von Landschafts-, Bebauungs- und Grünordnungsplänen zu verdeutlichen war man bereit, die Bewertungsmaßstäbe umfassend anzupassen. „Fehlende Einsicht für (sic!) die Planungsnotwendigkeit“ sollte sich für Dörfer negativ auswirken, so Helmut Rost, Vertreter der Bezirksregierung Niederbayern in der Landesjury. Der Dorfwettbewerb solle dagegen „Planungsanreize [...] und `Denkmodelle für neue Leitbilder““ liefern. Rost forderte: „Bei den Bewertungsmerkmalen müssen Entwicklungsgesichtspunkte Vorrang vor Pflege- und Gestaltungsgesichtspunkten erhalten.“⁴⁶ Damit lief das Jurymitglied bei den Organisatoren offene Türen ein, denn spätestens nach dem ersten Bundeswettbewerb 1961 bestand bekanntlich weitgehender Konsens über die Aufwertung des Planungselements. Letztlich verband sich damit ein stark utilitaristisches Bild vom Nutzwert der Natur. Mit diesem starken Vertrauen in die Planbarkeit gesellschaftlicher Prozesse bewegten sich die Beteiligten am Dorfwettbewerb in einem allgemeinen Trend: In der Bundesrepublik gewannen Planungsexperten zunehmend an Gewicht, beispielsweise in der Politikberatung, aber auch hinsichtlich volkswirtschaftlicher Steuerungsfragen. Die Politik bediente sich mehr und mehr der Beratungsfunktion von Experten.⁴⁷ Die Hochkonjunktur von Ordnungsdenken und technokra-

⁴⁵ AID-Informationen für die Wirtschaftsberatung (Hauswirtschaftlicher Auswertungs- und Informationsdienst, Bonn) 6.9.1963, S. 8.

⁴⁶ Archiv der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft, Bundeswettbewerb 1967 Unser Dorf soll schöner werden, Schreiben vom 28.12.1965 von Helmut Rost, Ortsplanungsstelle für Niederbayern, an den Organisator Gerhard Olschowy (Bundesamt für Vegetationskunde, Naturschutz und Landschaftspflege).

⁴⁷ Vgl. Alexander Nützenadel, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen 2005.

tischer Planung als „zentraler Mythos der Moderne“⁴⁸ findet sich im Jahrzehnt zwischen Mitte der 1960er und 1970er Jahre, als allgemeine Krisenszenarien und eine pessimistische Weltsicht Platz griffen.⁴⁹ Auch der Dorfwettbewerb geriet ins Fahrwasser dieses Planungsdenkens, indem er ein neues Betätigungsfeld für Experten eröffnete, die mit ihrem theoretischen Wissen die Handlungspraxis der Menschen auf dem Land und deren ästhetische Leitvorstellungen zu beeinflussen suchten. Dieser Vorgang ist jedoch nicht als Okkupation zu verstehen, denn die DGG und ihr Präsident Graf Lennart Bernadotte selbst hatten Planungselementen schon 1961 in der „Grünen Charta von der Mainau“ grundsätzlich einen hohen Stellenwert eingeräumt und „die Aufstellung von Landschaftsplänen, von Grünordnungsplänen in allen Gemeinden für Siedlungs-, Industrie- und Verkehrsflächen“ gefordert.⁵⁰ Der Faktor Planung sollte dabei weniger konservierend wirken als vielmehr „gesellschaftliche Nutzungsinteressen“ definieren und voneinander abgrenzen.⁵¹

Die Organisatoren des Dorfwettbewerbs sahen Planung als wichtigstes Instrument, um die Natur vor Übergriffen des Menschen zu schützen. Freilich waren hiermit vorwiegend die Zersiedelung und damit verbundene „Bausünden“ gemeint. Der ländliche Raum war ein beliebtes Spielfeld für vielfältige Planungsgedanken. So realisierten sich hier raumplanerische ebenso wie agrarökonomische Überlegungen. Das Flurbereinigungsgesetz von 1953 und der so genannte Grüne Plan von 1955 förderten die Landwirtschaft finanziell und begünstigten eine an rationalen Erfordernissen ausgerichtete Betriebsführung. Die strukturellen Veränderungen führten dazu, dass Pendlerdörfer entstanden und sich der Arbeitsmarkt – nicht zuletzt aufgrund der bis Mitte der sechziger Jahre erreichten Vollmotorisierung in der landwirtschaftlichen Produktion sowie einschneidender Konzentrationsprozesse⁵² – in die Ballungsräume verlagerte. Die Folge war die Auflösung dörflicher Sozial- und Wohnstrukturen, die sich beispielsweise in der Transformation ländlicher Siedlungen in Pendlerdörfer niederschlug. Als der

⁴⁸ Dirk van Laak, Planung, Geschichte und Gegenwart des Vorgriffs auf die Zukunft, in: GuG (2008), S. 326.

⁴⁹ Vgl. Anselm Doering-Manteuffel, Konturen von „Ordnung“ in den Zeitschichten des 20. Jahrhunderts, in: Thomas Etzemüller (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009, S. 41–63.

⁵⁰ Grüne Charta von der Mainau v. 20.4.1961, Punkt V.1.

⁵¹ Stefan Körner, Die Entwicklung des Naturschutzes und der Landschaftsplanung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Franz-Josef Brüggemeier/Jens Ivo Engels (Hgg.), Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt/New York 2005, S. 92.

⁵² Paul Erker, Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industrialisierungsprozess, in: Matthias Frese/Michael Prinz (Hgg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 331 f. u. 343.

Dorfwettbewerb 1961 zum ersten Mal stattfand, fiel er mitten in vielfältige Planungsdiskurse, die sich in den bundesdeutschen Gesetzeswerken niederschlugen und die letztlich auch diesen tiefgreifenden Funktionswandel bewirkten.⁵³

Die Planungsanstrengungen gehören in den zeitgenössischen Kontext des Primats „eines auf Machbarkeit und Planbarkeit ausgerichteten Denkens“.⁵⁴ Technokratische Ideen sollten beim Dorfwettbewerb durch bürgerschaftliches Engagement legitimiert und gefördert werden. Innerhalb eines entwicklungssteuernden Prozesses kam der Planung z. B. in Siedlungs- und Infrastrukturprojekten eine gewichtige Rolle zu, wobei insbesondere die Raumplanung auf eine längere Tradition zurückblicken konnte.⁵⁵ Die Grenzen der Steuerungsmöglichkeiten wurden erst in den 1970er Jahren deutlich. Bis dahin kam staatlichen Institutionen in Kooperation mit wissenschaftlichen Beratern die wichtigste Rolle im Planungsprozess zu.⁵⁶ Auch im Dorfwettbewerb kann man ein konzertiertes Zusammenwirken von Wissenschaft, Verwaltung und Politik beobachten. Die Öffentlichkeit war mehr Objekt denn handelnder Akteur. Erst in den 1970er Jahren schaltete sich die von einem gesteigerten Umweltbewusstsein geprägte Bevölkerung aktiver ein.⁵⁷

Der Gedanke, dass es weitgehender planerischer Vorarbeiten und begleitender Eingriffe bedürfe, um das komplexe Zusammenleben der Menschen innerhalb einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft zu organisieren, wandte sich ebenso gegen die traditionelle bäuerliche Volkskultur älterer Prägung⁵⁸ wie gegen marktliberale Vorstellungen. Was man diesen absprach, nämlich das „Zutrauen in die

⁵³ Zu nennen sind beispielsweise das Flurbereinigungsgesetz v. 14.7.1953, das Landwirtschaftsgesetz (Grüner Plan) v. 5.9.1955, das Bundesbaugesetz v. 23.6.1960, das Raumordnungsgesetz v. 8.4.1965 sowie zahlreiche entsprechende Landesgesetze (für NRW das Landesplanungsgesetz v. 7.5.1962 und die Landesbauordnung v. 25.6.1962).

⁵⁴ Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate, Einleitung, in: dies. (Hgg.), *Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, CSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, Weilerswist 2004, S. 9.

⁵⁵ Michael Ruck, Ein kurzer Sommer der konkreten Utopie – Zur westdeutschen Planungsgeschichte der langen 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hgg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 375.

⁵⁶ Vgl. Ariane Leendertz, *Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2008, S. 391 ff. Zu zentralisierten Planungsbemühungen s. Andreas Pilger, *Die Entdeckung der politischen Planung in Nordrhein-Westfalen. Entwicklung und Erprobung neuer Sichtweisen und Steuerungskonzepte durch die nordrhein-westfälische Landesregierung in den 1960er Jahren*, in: *Geschichte im Westen* (2006), S. 63–79.

⁵⁷ Vgl. Kai F. Hünemörder, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1873)*, Stuttgart 2004, S. 14.

⁵⁸ Strube (wie Anm. 1), S. 251.

Gestaltbarkeit der menschlichen Umwelt⁵⁹, sollten der Staat bzw. öffentliche Institutionen regeln.⁶⁰ Dieses Denken machte sich u. a. in der Sozial- und Wirtschaftspolitik bemerkbar, so beispielsweise im Rahmen der 1967 von Wirtschaftsminister Karl Schiller initiierten „Globalsteuerung“. Planung war ein bis in die sechziger Jahre hinein durchweg positiv besetzter Begriff, der mehr Chancen als Risiken suggerierte und schließlich in eine Wissenschaftsgläubigkeit mündete, die in den 1960er Jahren ihren Höhepunkt fand.⁶¹ Gespeist wurde die Planungseuphorie durch populäre Wissenschaften wie die Kybernetik oder die Systemtheorie, die die strukturierte Gestaltung bzw. Analyse der Welt möglich erscheinen ließen.⁶² Damit war der Dorfwettbewerb alles andere als rückwärtsgewandt, sondern – im Gegenteil – nach damaligen Vorstellungen modern und fortschrittsoptimistisch. Die Protagonisten äußerten keinen Zweifel an der prinzipiellen Beherrschbarkeit von Umweltproblemen. Indem sie den Faktor Planung favorisierten, billigten sie rationalem zentralistischem Verwaltungshandeln die Deutungshoheit zur Gestaltung des ländlichen Lebensraumes gegenüber der traditionellen bäuerlichen Individualsphäre in Form erfahrungsbasierten Wirtschaftens zu. Mehr noch: Der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ sorgte nicht nur für ein verbessertes Image vieler Dörfer, sondern dürfte mittels seiner rationalen Planungskonzepte – die er auf dem Lande salonfähig machte – zur Integration des ländlichen Raumes in die marktwirtschaftlich ausgerichtete westdeutsche Ökonomie beigetragen haben.

Anfang der 1970er Jahre geriet der Natur- und Landschaftsschutz, wie er auch von der DGG verstanden wurde, in eine gewisse Konkurrenzsituation zur Umweltbewegung. Allerdings machte sich dies bei den Teilnehmerzahlen des Dorfwettbewerbs zunächst nicht bemerkbar. Die neuen Bürgerbewegungen gingen mit ihren Forderungen über die bloße Erhaltung des Lebensraumes bzw. einzelner Tier- und Pflanzenarten hinaus und stellten – nach der 1968er Bewegung entsprechend politisiert – den westlichen Lebensstil generell in Frage. Zu nennen wäre die Kritik an der damit verbundenen Individualmotorisierung.⁶³ Statt technokratischer und expertengestützter Lösungen, wie sie rund um den

⁵⁹ van Laak (wie Anm. 48), S. 308.

⁶⁰ Radkau (wie Anm. 43), S. 141: Anspruch des BIM, den Umweltschutz 'erfunden' zu haben.

⁶¹ Anja Kruke/Meik Woyke, Editorial zum Rahmenthema „Verwissenschaftlichung von Politik nach 1945“, in: AfS (2010), S. 7. Den Höhepunkt der Verwissenschaftlichung bei der Landschaftsplanung sieht Körner (wie Anm. 51), S. 96 um 1970. Auch Ruck bezeichnet die Jahre 1969–1971 als Euphoriephase der Planung. Ruck (wie Anm. 55), S. 364.

⁶² Radkau (wie Anm. 43), S. 111.

⁶³ Dietmar Klenke, Autobahnbau und Naturschutz in Deutschland. Eine Liaison von Nationalpolitik, Landschaftspflege und Motorisierungsvision bis zur ökologischen Wende der siebziger Jahre, in: Frese/Prinz (wie Anm. 52), S. 498.

Dorfwettbewerb diskutiert wurden, suchten sie auch nach politischen Alternativen, wobei etatistische Planungsmodelle zusehends an Attraktivität verloren. Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen war keineswegs erst ein Thema der späteren Ökologiebewegung der 1970er Jahre. Im Unterschied zu dieser waren die Natur- und Landschaftsschutzbemühungen der sechziger Jahre jedoch institutionell angebunden und setzten damit eine ältere, aus dem 19. Jahrhundert herrührende Tradition der Kooperation mit staatlichen Organen fort.⁶⁴ Zudem waren sie nicht prinzipiell antikapitalistisch eingestellt, sondern kamen aus der Mitte der Gesellschaft. Sie beabsichtigten, die Natur in ihrer Kulturfunktion als menschlichen, bäuerlich geprägten Lebensraum zu erhalten, was in deutlichem Kontrast zum ganzheitlich verstandenen Umweltschutzgedanken stand.

Die Planungseuphorie der sechziger Jahre entsprach im Ansatz einer „Demokratisierung von oben“.⁶⁵ Politisches Handeln spielte sich nach zeitgenössischem Verständnis hauptsächlich innerhalb von Institutionen ab. Von diesen aus sollten Impulse auf die Gesellschaft einwirken. Es handelte sich also um einen klassischen Top-Down-Effekt in Form einer kommunikativen Einbahnstraße.⁶⁶ Auch im Rahmen des Dorfwettbewerbs ging es darum, das bürgerschaftliche Engagement gezielt zu wecken und in geordnete, d. h. von Planern begleitete bzw. vorgegebene Bahnen zu lenken. Planung war für die DGG selbst dann noch ein zentraler Wert, als andere Institutionen in den siebziger Jahren begannen, das Planungspotenzial eher kritisch unter dem Aspekt der zentralistischen Entmündigung zu betrachten.⁶⁷ Insgesamt lässt sich konstatieren, dass der Dorfwettbewerb zur „diskursiven Anbahnung des Planungsgedankens“⁶⁸ im ländlichen Raum wesentlich beigetragen hat.

⁶⁴ Zur ähnlichen Konstellation im Kaiserreich s. Friedemann Schmolz, Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich, Frankfurt am Main 2004; zur Grünen Charta von der Mainau s. Ditt (wie Anm. 35), S. 308.

⁶⁵ Gabriele Metzler, Demokratisierung durch Experten? Aspekte politischer Planung in der Bundesrepublik, in: Haupt/Requate (wie Anm. 54), S. 267–287, hier S. 277 u. 284.

⁶⁶ Radkau (wie Anm. 43), S. 84.

⁶⁷ Jedoch beinhaltete Planung später auch die stärkere Einbeziehung des Bürgerwillens.

⁶⁸ Ruck (wie Anm. 55), S. 380.

